

erschienen in: Kuhnle, Stein/
Sokolović, Džemal (Hg.): *The Balkans: Searching for Solutions. Conference Proceedings*. Bergen: Stein Rokkan Centre for Social Studies, Bergen Univ. Research Found. 2003, pp. 166-176 [i.O.: *The Role of Media for Democratic Development in Serbia*].

1 Gross, Peter: *Media as Catalysts, Impediments and Facilitators of Public Opinion Formation in the New Romania*. In: Manaev, O. / Pryliuk, Y. (Eds.) *Media in Transition*. Kiev: Abris 1993, p. 85.

2 Keane, John: *The Media and Democracy*. Cambridge: Polity Pr. 1991.

3 Hamelink, Cees: Preface. In: Manaev/Pryliuk 1993, p. vf., hier p. vi.

In den meisten zentral- und osteuropäischen Ländern waren es die Massenmedien, die sich als erste Institution der Heraufkunft eines politischen und wirtschaftlichen Pluralismus anpassen. Die rapide ansteigende Verbreitung im Medienbereich, die wichtige Rolle, welche die Medien bei Regimewechseln (sowohl bei den sanften als auch bei den Straßenrevolutionen) spielten, ihre Offenheit gegenüber verschiedenen Nachrichtenquellen, unterschiedlichen und weit gespannten gesellschaftlichen Ansichten und Inhalten und ihr »practical and symbolic character in the reestablishment of civil society«¹ zeigten an, dass die Medien eine führende Rolle bei der Schaffung einer demokratischen Infrastruktur in den postkommunistischen Gesellschaften zu übernehmen haben würden.

Von allem Anfang des postkommunistischen Übergangsprozesses an haben TheoretikerInnen und WissenschaftlerInnen der Massenmedien eine weitreichende Debatte über die beste Art und Weise geführt, das Kommunikationssystem so wiederaufzubauen, dass die Medien bei der Demokratisierung des öffentlichen Bereichs eine wirksame Rolle übernehmen können. Die meisten Stimmen in der postkommunistischen Welt unterstützten die Emanzipation der Medien von der staatlichen Kontrolle. Die Entwicklung von privaten und kommerziellen Medien sahen sie als eine ausreichende Garantie für ihre Autonomie an. Wie Keane anmerkte, wurde die alte Rede von der »Freiheit der Presse«, vom Ethos der freien Marktwirtschaft geprägt, zur zentralen Idee in der öffentlichen Diskussion über die zukünftige Gestalt der Massenmedien.² Die Loslösung der Medien aus ihrer früheren Verflechtung mit staatlichen Strukturen und ihre Befreiung aus der Funktion von Partei-, Klassen- oder anderweitigen Gruppeninstrumenten wurde als grundlegende Vorbedingung für die demokratische Entwicklung in Zentral- und Osteuropa angesehen. Auf der anderen Seite hofften westliche Kommunikationsspezialisten, dass der Osten die Fehler des Westens nicht wiederholen würde, und dass marktorientierte Medien die postkommunistische Medienszene nicht dominieren würden. Sie erwarteten, dass die neue gesellschaftliche Situation die Entwicklung von neuen und wahrhaft demokratischen Kommunikationsinstitutionen von jener Art, die in den postindustriellen Gesellschaften trotz des »selbstzufriedenen Tones der westlichen Länder«³ nicht erreicht wurde, begünstigen würden.

Trotz der Bemühungen, neue Medientypen zu kreieren, die weder vom Staat noch vom Markt abhängig sind, und trotz der Versuche, das Informationsrecht mit dem Kommunikationsrecht zu kombinieren, wurde der Wiederaufbau des Mediensystems überall in Zentral- und Osteuropa auf mehr oder weniger dieselbe Art und Weise durchgeführt – die Medien hatten exakt denselben Prozess, der im westlichen Europa als Kampf für die Pressefreiheit in einem so weit entfernten Zeitalter wie dem 17. Jahrhundert begann, nachzuvollziehen. Dieser Wechsel wurde als ein Fall beschrieben, in dem die Geschichte sich in derselben Abfolge von Fort- und Rückschritt selbst wiederholt.

Dieser Beitrag untersucht die Veränderungen des serbischen Mediensystems und die Rolle der Medien bei der Herausbildung einer demokratischen Infrastruktur während des Übergangsprozesses von einer monistischen zu einer pluralistischen Gesellschaft.

Stationen des demokratischen Wiederaufbaues eines Mediensystems

WissenschaftlerInnen, die sich mit Massenkommunikation beschäftigen, stimmen darin überein, dass der Wechsel von Position und Aufgabe der Medien in der postkommunistischen Gesellschaft dahin führen muss, dass die Medien ein Mittel der Interaktion zwischen verschiedenen sozialen Gruppen werden, d.h. zu einem Bestandteil einer Zivilgesellschaft und nicht zu einem Regierungsinstrument.⁴ Gemäß dem Idealtypus sollte die Bemühung um Autonomie politische, wirtschaftliche, soziale, technische und professionelle Befreiung miteinschließen, um die Medien von politischen Institutionen und wirtschaftlicher Macht unabhängig zu machen und sie statt dessen an ihr Publikum zu binden, das wiederum von passiven Objekten zu aktiven Subjekten der Kommunikation transformiert werden sollte.

Wie auch immer schreitet der Demokratisierungsprozess der Medien und die Veränderung ihrer Rolle und Funktionsweise jedoch nur langsam voran, wobei sich das politische System als der entscheidende Hinderungsfaktor erwiesen hat. Laut zahlreicher WissenschaftlerInnen bil-

4 Jakubowicz, Karol: *Lovebirds? The Media, the State and Politics in Central and Eastern Europe*. In: *The Public* 1 (1995) [Evropski institut za komuniciranje in kulturo, Ljubljana]. pp. 75-91.



5 Manaev, Oleg: Mass Media in the Political and Economic System of Transition Society. In: Manaev/Pryliuk 1993, pp. 119-148.

6 Jakubowicz 1995.

det die politische Macht, welche wie auch in den früheren Regierungen, »perceives the society (the public) as an object in need of various influences, and mass-media as an instrument for exerting such influence«⁵, den konservativsten Bestandteil der Massenkommunikation.

Veränderungen im Mediensystem müssen deshalb im Kontext einer breiteren sozialen und politischen Veränderung der postsozialistischen Gesellschaften gesehen und in Verbindung zu diesen institutionellen Prozessen gesetzt werden. Jakubowicz⁶ stellt einen Rahmen für die Analyse postkommunistischer Transformation vor, wobei er im Transitionsprozess drei Phasen unterscheidet. Die erste, die zwischen einem und fünf Jahren dauert, umfasst den Aufbau eines demokratischen Fundaments – ein Mehrparteiensystem, eine freie Presse sowie den Aufbau einer Koalition zur Förderung von Veränderung. Das ökonomische Ziel besteht in der Stabilisierung der Wirtschaft, wozu auch die Eliminierung staatlicher Preiskontrolle und Subvention sowie die frühe Privatisierung gehören. In rechtlicher Hinsicht liegt das Ziel in der Abschaffung der willkürlichen staatlichen Kontrolle über das soziale Leben.

Während der zweiten Phase von drei bis zehn Jahren Dauer schreiten die Veränderungen in der politischen Sphäre weiter voran, und die neue Situation stabilisiert sich über die neue Verfassung, ein neues Wahlverfahren, demokratische Wahlen, Dezentralisierung der Regierung und den Aufbau einer neuen politischen Elite sowie einer stabilen demokratischen Koalition. Hinsichtlich der Wirtschaft umfasst der Prozess die Privatisierung der mittelgroßen und kleineren Unternehmen, die Aufhebung wirtschaftlicher Monopole, den Wechsel des Bankensystems und die Entstehung einer neuen Unternehmerklasse. In der rechtlichen und legislativen Sphäre wird der Besitz von Eigentum reguliert, zudem werden die Voraussetzungen, unter denen Geschäfte geführt werden, geschaffen. In der dritten Phase existieren bereits stabile politische Parteien, und eine demokratische politische Kultur hat sich entwickelt. Alles in allem kann ein Wirtschaftswachstum verzeichnet werden, findet massive Privatisierung statt, in deren Gefolge kapitalistische Lobbies und eine Kultur von Privatunternehmen anwachsen. Rechtlich ist die dritte Phase von der unabhängigen Rechtsprechung und einer Kultur der Legalität gekennzeichnet.

Jakubowicz unterstreicht, dass lediglich in Ländern, die sich bereits weit in der dritten Phase befinden, das Potenzial für das Aufkommen eines freien, autonomen und demokratischen Mediensystems existiert, da dessen Bedingungen nicht nur in einem angemessenen rechtlichen und institutionellen Rahmen bestehen, sondern auch ein stabiles demokratisches Regierungssystem auf der Grundlage eines breiten sozialen Konsenses hinsichtlich der Merkmale des politischen und ökonomischen Systems, ein sicheres Parteiensystem und wirtschaftliches Wachstum verlangen. In einer stark polarisierten Gesellschaft neigen die Parteien stets dazu, die Medien als Waffen einzusetzen, so dass deren Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Professionalität gefährdet wird.

Hinsichtlich des Mediensystems muss die erste Phase nach Jakubowicz die Überwindung einiger Hauptcharakterzüge der Kontrollausübung derselben im alten System einschließen. Dies betrifft v.a. die Presse, die sich einem Prozess der Entmonopolisierung, Dezentralisierung und Spezialisierung sowie einer frühen Protokommerzialisierung unterwerfen muss. Bei den elektronischen Medien werden die Veränderungen v.a. im verstärkt internationalen Inhalt offensichtlich.

Während der zweiten Phase sollten die Gesetze den rechtliche Rahmen für die Pressefreiheit inklusive grundlegender Demokratisierungselemente und der fortgesetzten Dezentralisierung, Spezialisierung und Kommerzialisierung, die sich nun auch auf die elektronischen Medien erstreckt, etablieren. Ebenso gehören erste journalistische Professionalisierungen bei einigen erfolgreichen unabhängigen, privaten Medien dazu sowie Globalisierungsschritte im Zusammenhang mit ausländischem Kapital, das in die Rundfunk- und Fernsehmedien fließt, ebenso auch erste Anzeichen einer Medienkonzentration. Erst in der dritten Phase allerdings gewinnen Mediendifferenzierung und journalistische Professionalisierung Triebkraft, obwohl sie genau in dieser Phase von Medienkonzentration und Globalisierung auch bedroht werden.

Nach Jakubowicz umfasst die Demontage des alten Kontrollsystems über die Presse und der Einschränkungen ihrer Freiheit die Aufhebung verschiedener Strukturen wie des staatlichen Monopols über die Medien, die staatliche/parteiliche Verwaltung der Medien, der Zensur, der diskriminierenden Registrierung der Medien, der Zuweisungen von Kapazitäten für den Druck, des Distributionsmonopols, der staatlichen Kontrolle über die nationalen Nachrichtenagenturen und der Pressesubventionen. Der Prozess bedarf eines rechtlichen Rahmens, der für



7 Manaev 1993, p. x.

8 Hamelink 1993, p. vi.

9 Splichal, Slavko: Civil Society and Media Democratization in East-Central Europe. In: Bibic, A. / Graziano, G. (Hg.): Civil Society, Political Society, Democracy. Ljubljana: The Slovenian Political Science Ass. 1994. pp. 305-324.

die grundlegenden rechtlichen und institutionellen Garantien für die Pressefreiheit und -unabhängigkeit sowie die Rundfunkgesetze sorgt, welche die Freiheit der Medien und ihre freie Zugänglichkeit zu Informationen garantiert, wohingegen die Regulierungen mittels eines Telekommunikationsgesetzes, eines Copyrightgesetzes und eines Anti-Monopolgesetzes auf ein Minimum beschränkt werden.

Wenn Demokratisierung die gerechte und repräsentative Darbietung des kompletten sozialen Meinungsspektrums, den freien Zugang zu Medien und die gesellschaftliche Verantwortlichkeit der Medien umfassen soll, verlangt diese eine ganz spezifische, auf dieses Ziel hin ausgerichtete Medienpolitik. Dazu gehört auch ein Regulierungssystem, das Staat und Parteien daran hindert, in das alltägliche Funktionieren der Medien einzugreifen, sowie die Schaffung eines Broadcasting-Aufsichtsrats und eine Rundfunkpolitik, die weniger von bestimmten politischen Zielsetzungen, als vielmehr vom öffentlichen Interesse geleitet wird. Dann ist ebenfalls notwendig, ein Prozedere für die Ernennung der VertreterInnen des öffentlichen Rundfunks festzulegen, so dass politischer oder administrativer Druck vermieden wird, sowie Regeln für die unparteiische Wahlberichterstattung und eine Informationspolitik, welche die Repräsentation einer umfassenden differierenden Meinungs-, Ideen- und Wertelandschaft garantiert, auszuarbeiten. Zuletzt muss auch für neue Medienunternehmen der Zugang zu einem freien Medienmarkt gewährleistet werden.

In der Analyse der Veränderungen des Mediensystems in Zentral- und Osteuropa zeigt Jakubowicz, dass ein signifikanter Fortschritt lediglich bei der Demonopolisierung verzeichnet werden kann, wohingegen die Differenzierung (Spezialisierung und Kommerzialisierung) sowie die Professionalisierung der Medien zu einem weit geringeren Anteil vorangeschritten sind. Schlechte ökonomische Bedingungen, ein schwach entwickelter Markt für Werbung und die Tendenz des Staates, Druckkostenzuschüsse und die Distribution der Druckerzeugnisse zu kontrollieren, erschweren die Positionierung einer freien Presse, obwohl das staatliche Pressemonopol überall abgeschafft wurde. Dennoch wurde die staatliche Kontrolle über die Rundfunkanstalten in beinahe allen Übergangsgesellschaften beibehalten, wobei die Rundfunkmedien im besten Falle in nationale, politisch ausgerichtete und quasi-kommerzielle öffentliche Anstalten umgewandelt wurden.

Die postkommunistischen Gesellschaften sind noch immer weit entfernt von freien, unabhängigen und demokratischen Medien. Tempo und Zielrichtung der Veränderungen im Mediensystem folgten in diesen Ländern v.a. den globalen Transformationstrends. Im Gegensatz zu den ursprünglichen, optimistischen Hoffnungen wurde die Demokratisierung der Mediensysteme weit eher zum Instrument der neuen politischen Eliten, als zu einem Faktor der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. Die Verlängerung der Abhängigkeit der Medien von machtvollen Institutionen hat einige Autoren zu der Schlussfolgerung veranlasst, dass der Transitionsprozess sie nur eine Lektion gelehrt habe, dass sie die Fähigkeiten des Totalitarismus zu struktureller und funktioneller Mimikry unterschätzt hätten.⁷ Die Demokratisierung von Kommunikationsstrukturen bleibt eine wesentliche Herausforderung für die Transitionsländer.⁸ Splichal zufolge brachten Zentral- und Osteuropa anstatt Medienautonomie und -differenzierung bislang nur Mediensysteme hervor, deren Charakteristika die staatliche Kontrolle über die elektronischen Medien, ein hoher Grad an Medien-Partisanerie, die enge Verflechtung von Medien und politischen Eliten sowie der Mangel an Zusammenschluss und einer gemeinsam getragenen Berufsethik sind.⁹

Der Kampf für freie Medien unter dem Milošević-Regime

Während des gesamten Regimes der 1990er Jahre unter Milošević war in Serbien jegliche institutionelle Veränderung des Kommunikationssystems, das es an den offiziell eingeführten politischen und wirtschaftlichen Pluralismus hätten angleichen können, außer Reichweite. Der gesellschaftliche Kampf für die Befreiung der Medien musste sich auf den allerersten Schritt der Demonopolisierung konzentrieren – die Beseitigung des staatlichen Monopols über Informationen und die Offenlegung des Systems von staatlicherseits auferlegten Beschränkungen sowie der Kontrolle der gesamten öffentlichen Sphäre. Das Bestreben ging schlicht darauf hin, das Überleben von unabhängigen Medien zu sichern.

Seit den ersten Tagen des politischen Pluralismus von 1990 war die Restrukturierung des serbischen Kommunikationssystems Gegenstand schwerwiegender sozialer Konflikte. Die

10 Bačević, Ljiljana: Mediji i izbori [Medien und Wahlen]. In: Gledišta 1-6 [Belgrad] (1994), pp. 95-110.

11 Matić, Jovanka: Radio Beograd: Državni interes nema opoziciju [Radio Belgrad: Das Staatsinteresse hat keine Opposition]. In: Nedović, S. (Hg.): Odsutne partije: Slika političkog života Srbije u državnim medijima, Mart-oktobar 1998 [Die Abwesenheit der Parteien: Ein Bild des serbischen politischen Lebens in den staatlichen Medien, März-Oktober 1998]. Belgrad: CESID 1999.

12 Alle Versuche der Opposition, die gesetzl. Maßnahmen hinsichtlich des Informationssystems zu berichtigen, wurden zurückgewiesen, v.a. jene, die danach trachteten, die Informationskontrolle vom Kabinett auf das Parlament zu übertragen.

13 Abhängig von den momentanen Bedürfnissen förderte die Regierung als Kontrolleurin der Distributionsfrequenzen entweder eine Deregulierungs- oder eine Regulierungspolitik. Zunächst hatten zahlreiche Radio und TV-Stationen die Erlaubnis, halblegal zu arbeiten, indem sie ohne Genehmigung freie Frequenzen benutzten. Doch tatsächl. wurde ihnen dies in stillschweigendem Einverständnis der lokalen Regierungen, die ihrerseits von der Regierungspartei kontrolliert wurde, zugestanden. Die umfassende Regulierung begann erst, nachdem die Opposition 1996 Bezirkswahlen für sich entschieden hatte und einige lokale Stationen – sowohl öffentl. als auch private – begannen, die Oppositionsparteien zu unterstützen. 1998 wurden die Medien in eine ausweglose Situation gebracht: Sie wurden aufgefordert, sich erst nach der Registrierung durch das Informationsministerium um Frequenzuteilungen zu bewerben, jedoch war ihnen diese Bewerbung nur nach der Zuteilung von Frequenzen erlaubt. Dieses gesetzliche Chaos wurde absichtlich aufrecht erhalten, bis das Ministerium begann, jene Medien zu schließen, die für ihre Frequenzen keine Lizenzen vorweisen konnten, auch wenn sie tlw. für deren Gebrauch Gebühren bezahlten. Zum Ziel wurden nur solche Medien, die ihre Nachrichten nicht regierungskonform gestalteten.

14 Das gesamte terrestrische Transmissionsnetzwerk, das das ganze nationale Territorium abdeckte, war bspw. Staatseigentum und wurde direkt vom öffentl. Unternehmen RTS betrieben. Private elektronische Medien wurden entweder gezwungen, ihren Rivalen RTS um eine Genehmigung zu ersuchen, die bestehenden Transmittersysteme zu benutzen oder ihre eigenen zu bauen, wofür sie wiederum eine staatl.

Mehrparteienform der Demokratie wurde unter dem Druck der wachsenden Opposition eingeführt und konnte erst, nachdem es der *Sozialistischen Partei Serbiens* (SPS) geglückt war, ihre hegemoniale Position in der Gesellschaft wiederzuerlangen, gesetzlich verankert werden. Die Hoffnung der Opposition, dass in dem neuen politischen Kontext die Unterordnung der Medien unter das dominante politisch-ideologische System aufgegeben würde, stellte sich als Illusion heraus. Das SPS-Regime war nicht bereit, seine Dominanz über die gesellschaftliche Produktion von Symbolen aufzugeben und leistete keinerlei Beitrag zur Förderung und Verstärkung des Pluralismus unter den öffentlichen Stimmen. Seit der ersten Legalisierungsphase mussten neue politische Akteure schwer darum kämpfen, an der Produktion und Distribution von Information teilzuhaben, da die Regierung auf vielerlei Art und Weise versuchte, sie eben davon fernzuhalten oder ihre Partizipation zumindest in Grenzen zu halten. Zugleich gab es unter den JournalistInnen die nachhaltige Anstrengung, professionelle Kompetenz so zu deuten, dass die Medien ein Forum für die Repräsentation und Verhandlung diverser Stimmen und Interessen sein sollen. Die Unabhängigkeit der Medien wurde so zu einem heißen Eisen der Politik und bildete einen wesentlichen Streitpunkt im dauerhaften Konflikt zwischen Regierung und Opposition.

Während der gesamten Regierungszeit von Milošević blieb das Mediensystem strukturell von den staatlichen Autoritäten abhängig, d.h. von der regierenden Partei bzw. Koalition, und dem Staat gelang es, seine Privilegien innerhalb der Medien aufrecht zu erhalten und über alle Schlüsselaspekte des Mediensystems wie die natürlichen Ressourcen, Eigentum, Finanzen, Personal und Inhalt die Kontrolle zu behalten.¹⁰ In Relation zur Intensität des politischen Konflikts wurde diese Kontrolle sogar noch erhöht und nahm nachgerade groteske Formen an in Situationen, in denen die Hegemonie des Regimes in Gefahr war (Wahlperioden, Massendemonstrationen gegen die Regierung in den Jahren 1996/97, während des Kosovo-Krieges etc.).¹¹

Der politische Streit um die Medien bezieht sich v.a. auf das Fernsehen, da die Medienlandschaft in Serbien in größerem Ausmaß als in anderen Ländern vom Fernsehen dominiert wird. Die Druckmittel der Opposition und der JournalistInnen umfassten zahlreiche Demonstrationen, Gesetzesinitiativen für die Änderung der Medienregulation, den Boykott des Parlaments, Drohungen, die Wahlen zu boykottieren, die Einrichtung von Journalistengewerkschaften, Journalistenstreiks, die Gründung einer neuen journalistischen Vereinigung etc. – nichts davon vermochte jedoch, den eisernen Griff der herrschenden Elite auf das staatliche Radio und Fernsehen RTS (*Radio Television Serbien*) zu lockern oder die Vertretung anderer politischer Auffassungen zu erleichtern.

Die hauptsächliche Strategie des Regimes bestand darin, die Entwicklung eines Medienpluralismus nur insofern zuzulassen, als die Zugangsmöglichkeiten für alle, deren Programme der Regierungspolitik kritisch gegenüberstanden, eingeschränkt wurden. Dies wurde dadurch erreicht, dass einerseits die Entwicklung von Unterhaltungsmedien und Nachrichten, welche die Regierung unterstützten, gefördert, und diejenige von alternativen Medien andererseits behindert wurde. Die Regierung schuf bewusst eine instabile Situation für alternative Medien, indem sie deren Betrieb veränderte und die Freiheit der Ebenen nivellierte, obwohl zugleich all ihre Politiken und Strategien sich formal gesehen im gesetzlichen Rahmen bewegten.

Die Kontrolle der Regierung über die Medien wurde durch ihr Monopol auf deren gesetzliche Strukturierung ermöglicht,¹² indem im Feld der Medien bewusst ein gesetzliches Durcheinander aufrecht erhalten wurde,¹³ über das Monopol auf die Distribution der Sendefrequenzen und den Regierungsbesitz der terrestrischen Sender,¹⁴ durch das Monopol auf die Produktion und den Import von Zeitungen,¹⁵ die Druckereien und die Distribution der Sendernetze, über die Erschwernisse der Eigentumsübertragung von Medien, indem Eigentum ungleichmäßig bewertet wurde und der Prozess verzögert oder ein gesetzlich gültiges Dokument für nichtig erklärt wurde,¹⁶ sowie dadurch, dass ein negatives Image aufgebaut wurde, das besagte, dass die unabhängigen Medien Journalisten einschüchtern¹⁷ und Werbeunternehmer schikanieren¹⁸ würden, und zuletzt dadurch, dass Programme gesperrt und Programmabbrüche erzwungen wurden.¹⁹

Der Kampf gegen den politischen, ökonomischen und physischen Druck wurde für die unabhängigen Medien zu einer Frage des reinen Überlebens. Dennoch gab es in Serbien zahlreiche Medienunternehmen – laut der Vereinigung für die Entwicklung von Privatsendern existierten im Jahr 2000 um die 480 Radio- und TV-Stationen. Ungefähr zwei Drittel davon (also über 300) befanden sich in Privatbesitz, während das letzte Drittel die öffentlichen Medien umfasste, die



Lizenz benötigten. Auf diese Art verhinderte die Regierung die Entwicklung jeglicher alternativer Fernseh- oder Radionetzwerke, die ihrerseits das gesamte Land hätten abdecken können.

15 Die regierungsnäheren Zeitungen waren gewöhnlich billiger und leichter verfügbar als andere. Die Regierung wachte über Produktion, Preis und Import von Zeitungen und setzte die Medien ungleichen Marktbedingungen aus. Es gab nur eine einzige Druckerei für Zeitungen, ein öffentl. Unternehmen, das zu einem reduzierten Preis an regierungskonforme Zeitungen verkauft wurde. Der Import war durch ein spez. System von Regierungslizenzen geregelt, ähnlich die Preisfestsetzung. Die Regierung zwang die Zeitungen zu Preiserhöhungen, so dass sie unter Verlusten arbeiten mussten. Wegen dieser nachteiligen wirtschaftl. Bed. schlossen einige Zeitungen.

16 Einige Medienbetriebe gingen an die Regierung, nachdem das Gericht kurz nach ihrer Privatisierung diese annulliert hatte, z.B. die Tageszeitung *Borba* und die TV-Station *B*.

17 Vertreter der Regierungen klagten die unabhängigen Medien öffentl. des Non-Patriotismus und der Zugehörigkeit zu ausländ. Konzernen, der Dienstleistung für ausländ. Geheimdienste oder für Staatsfeinde, etc., was immer wieder von den staatl. kontrollierten Medien gestützt wurde. Ein berühmter Journalist und Editor der unabhängigen Tageszeitung *Dnevni telegraf* wurde 1999 getötet, nachdem er in einer regierungsnahen Tageszeitung des Hochverrats beschuldigt worden war. Darüber hinaus waren die unabhängigen Medien und ihre Journalisten häufig Drohungen, Terror und Polizeiattacken ausgesetzt, wenn sie Proteste, Streiks oder Demonstrationen durchführten.

18 Die fianz. Ressourcen, die den TV-Stationen zur Verfügung standen, waren v.a. während der ökonom. Isolation der FRY durch die UN-Sanktionen unvergleichbar geringer als diejenigen, die den regierungsnahen Medien zur Verfügung standen. Werbeunternehmen wurden stark unter Druck gesetzt, ihre Werbung nicht bei den unabhängigen Medien zu lancieren. Dies funktionierte, da die Wirtschaft stark zentralisiert war und auf Basis von Lizenzen funktionierte.

19 Radio *B 92* wurde z.B. viermal geschlossen: im März 1991 während der ersten großen Demonstrationen der Opposition in Belgrad, im Dez. 1996 während der Massen-Bürgerproteste gegen Wahlbetrug, im März 1999 am ersten Tag des NATO-Bombardements u. im Mai 2000.

von den lokalen Gemeinden gegründet worden waren. Von diesen war allerdings etwa die Hälfte nicht ordnungsgemäß registriert, während die anderen mit Einjahres- (Radio) oder Zweijahreslizenzen (TV-Stationen) arbeiteten.

Gegen Ende des Jahres 1998, während der Kosovo-Krise und des kritischen Konflikts mit der internationalen Gemeinschaft, die Serbien mit Bomben drohte, erreichte die Unterdrückung der Medien ihren Höhepunkt. Ein frisch in Kraft getretenes *Gesetz zur Information der Öffentlichkeit* stellte jeden Medieninhalt unter die Kontrolle der Regierung. Bis dato war die Regierung in der Lage gewesen, alle Betriebsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten, jedoch nicht den Inhalt der unabhängigen Medien zu kontrollieren und zu steuern. Dieses Gesetz sah zudem strenge finanzielle Strafen für die Verbreitung von »Falschinformation« oder die Verletzung der individuellen oder der Würde einer Organisation vor. Seit dieses Gesetz 1998 in Kraft trat, wurden die serbischen Medien in 67 Fällen mit einer Gesamtsumme von mehr als 2,5 Mio. DEM belangt (hierbei waren nur drei der bestraften Medien von Pro-Regierungs-Ausrichtung).

Bedeutung und Leistung der unabhängigen Medien

Die von der Regierung kontrollierten Medien fungierten als ideologisches Propagandainstrument der herrschenden Parteienkoalition, die dazu gedacht war, die bestehende Machtverteilung aufrecht zu erhalten. Sie befürworteten öffentlich die Sicht auf die Gesellschaft, wie sie von der herrschenden Elite formuliert worden waren, und verurteilten jeglichen oppositionellen Diskurs. Während ernsthafter politischer Konflikte arbeiteten sie für die Erhaltung des Status quo, favorisierten ganz direkt die herrschende Partei und marginalisierten oder verunglimpften die Opposition.²⁰ Diese regimetreuen Medien verhinderten jeden öffentlichen Dialog, da ihre Hauptaufgabe darin bestand, öffentliche Unterstützung für die Regierungspolitik, die einen Nationalstaat errichten wollte, zu forcieren, wofür sie eine autoritäre politische Kultur beförderten. Während des gesamten Milošević-Regimes kennzeichnete sie ihre aggressive Intoleranz und militante Rhetorik.

Das Funktionieren der Medien basierte auf drei Strategien: Die Agenden der Medien koinzidierten vollkommen mit den politischen Agenden der Regierung; die Handlungen und Äußerungen der Vertreter des Staats und der herrschenden Partei erhielten enorme positive Öffentlichkeitsarbeit, wohingegen den Aktivitäten und Ansichten der oppositionellen Eingestellten der Zugang zu den Medien entweder direkt verwehrt wurde oder sie einer ebenso umfassenden negativen Publizität ausgesetzt wurde.

In den Regierungsmedien fielen weiterhin die Berichterstattung der Entwicklung sowohl der heimischen als auch der internationalen Szene sowie einer dazugehörigen Liste an Problemen und Prioritäten der Gesellschaft exakt mit den ausformulierten Vorstellungen derselben seitens der Regierung zusammen. Das Auswahlverfahren der Medien war sehr streng: Nur über solche Veranstaltungen und Quellen, welche der offiziellen Version der »Realität« entsprachen, wurde berichtet, während andere entweder völlig ignoriert oder nur teilweise präsentiert wurden oder zumindest auf eine Art interpretiert wurden, die sie nicht in Opposition zur vorherrschenden Position setzte.

Die primären Quellen für Nachrichten waren die Vertreter der herrschenden Partei, und ihre Aktivitäten machten häufig 70 % oder sogar 80 % der Nachrichten aus. Ihre Ansichten wurden niemals in Frage gestellt, und ihre Handlungen stets als erfolgreich, notwendig und gerechtfertigt dargestellt.²¹ Die Regierung und die Regierungsparteien wurden also vorwiegend positiv, gelegentlich neutral, jedoch unter keinen Umständen negativ gezeichnet. Gegenteilige Argumente wurden an den Rand gedrängt, trivialisiert oder vollkommen ignoriert. Vor allem die Oppositionsparteien wurden so behandelt, dass ihnen der Einfluss auf die öffentliche Meinung verunmöglicht wurde. Die Regierungsmedien beförderten eine politische Kultur, in der die Opposition als etwas Schlechtes, den nationalen Interessen Fremdes, das dem politischen Leben schade und die Bemühungen der Macht habenden Partei unterminiere, kurz: als ein negativer politischer Pol und ein Feind dargestellt. Die Oppositionsparteien wurden als Repräsentanten von Werten, die den offiziellen entgegengesetzt sind, als eine verräterische politische Kraft oder »Aspiranten der (reinen) Macht« gezeichnet, die lediglich ihre individuellen Interessen oder diejenigen ihrer Anführer verfolgten. Alle diese Strategien dienten dazu, diese Parteien im Bewusstsein der Öffentlichkeit als rechtmäßige politische Opponenten oder als Partner in einem öffentlichen Dialog zu diskreditieren.



20 Matić, J.: The Role of the Media: Media Portraits of Government and Opposition. In: Goati, V. (Hg.): Elections to the Federal and Republican Parliaments of Yugoslavia (Serbia and Montenegro) 1990-1996. Berlin: Ed. Sigma 1998, pp. 109-125.

21 Milivojević, Snježana: Radio-televizija Srbije: Volimo te otadžbino naša... [Radio-Television Serbien: Wir lieben dich, unser Vaterland...]. In: Nedović 1999 [Odsutne partije], pp. 11-27.

Die alternativen und unabhängigen Medien entwickelten sich zu Beginn der pluralistischen Phase. Sie verschrieben sich keinem Partisanentum, sondern einem Modell des fairen und ausgewogenen Berichtens, das in keine politische Partei involviert war. Als jedoch der politische Konflikt im Land größer wurde und die Regierung ihren Zugriff auf die einflussreichsten Medienunternehmen verstärkte, wurden die unabhängigen Medien zu einer Geisel der Kommunikationsmuster der rivalisierenden Medien und des wachsenden Druckes von Seiten der Oppositionsparteien: Je enger sich die staatlichen Medien an die Regierung anschlossen, desto mehr näherten sich die unabhängigen Medien der Opposition an. Eine Teilung, die zu Beginn zwischen Medien, welche die Regierungsposition bestätigten, und solchen, die der Regierung kritisch gegenüberstanden, bestand, wurde mit der Zeit zu einer Kluft zwischen zwei klar geschiedenen und einander feindlich gegenüberstehenden Fraktionen: Pro-Regierungs- (und Anti-Opposition-)Medien auf der einen sowie (Anti-Regierungs- und) Pro-Oppositions-Medien auf der anderen Seite.

Ein Sektor der Pro-Oppositions-Medien, also derjenigen Organe, die direkt oder indirekt mit einer bestimmten Oppositionspartei verbunden war, wandte im Grunde dieselben Selektions- und Interpretationsstrategien der politischen Szene wie auch die Pro-Regierungs-Medien an, mit dem Unterschied, dass Ersterer die Opposition bedingungslos förderte und die Regierung freimütig kritisierte. Ein anderer Teil der Pro-Oppositions-Medien, der nicht mit einer bestimmten oppositionellen Gruppe verbunden war, versuchte, das politische Leben repräsentativer darzustellen, indem eine Vermittlungsart gewählt wurde, die die Balance zwischen Regierung und Opposition wahrte. Der Umfang an Themen und Veranstaltungen sowie die Diversität von Nachrichtenquellen war bei Letzteren weit größer. Während die staatlichen Medien das *Gesetz zur Information der Öffentlichkeit* und die Grundregeln des professionellen Journalismus offen verletzten (die normalen Praktiken umfassten Verleumdung, die Weigerung, Falschinformationen zu korrigieren und das Unterschlagen des Rechts auf Erwiderung und Gegendarstellung), hielten sich die unabhängigen Medien (wie etwa die Nachrichtenagentur *Beta*, die Tageszeitung *Naša borba*, das Nachrichtenmagazin *Vreme*, die Radiostation *B 92* und die TV-Station *B*) weit enger an das Berufsethos.

Die unabhängigen Medien verteidigten das Recht der freien Rede und forderten den Wunsch der Regierung nach der Dominierung der öffentlichen Sphäre heraus. Sie stellten die vorherrschenden Gesellschaftsdefinitionen der Regierung in Frage und trieben die öffentliche Diskussion wichtiger sozialer Themen voran, indem sie den kritischen Diskurs legitimierten und eine repräsentative Darstellung der Gesellschaft vermittelten. Im Falle des Konflikts zwischen Regierung und Opposition befürworteten sie eher eine Veränderung als den Status quo. Indem sie eine kritische Einstellung gegenüber der Errichtung eines Nationalstaats mit Hilfe eines autokratischen Systems behielten, in dem nationalistischer Patriotismus, ethnische Intoleranz, Krieg, Fremdenfeindlichkeit, Etatismus, Monismus, Kollektivismus und Persönlichkeitskultur die obersten Werte darstellten, boten die unabhängigen Medien dem Bedürfnis nach einer demokratischen serbischen Gesellschaft, in der nationale Probleme und Konflikte friedlich und mit Respekt für die Rechte der anderen gelöst werden können, eine Öffentlichkeit. Sie förderten eine politische Kultur, in der die obersten Werte ethnische Toleranz, Frieden, internationale Kooperation, parlamentarische Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte und Zivilgesellschaft sind, und sie haben die Öffentlichkeit dazu erzogen, diese zu respektieren.

Während der 1990er Jahre wurde in Serbien jedes einzelne zentrale gesellschaftliche Thema in auffallend unterschiedlicher Art einerseits von den an das Regime gebundenen und andererseits von den unabhängigen Medien dargestellt. So wurden bspw. die Kriege in Kroatien und Bosnien von den regimetreuen Medien als Kampf um die Selbstbestimmung der Serben dargestellt oder als Befreiungskriege, die zu führen die Serben gezwungen waren, um ihre Heimstätten und Familien gegen kroatische Pläne, serbisches Gebiet zu okkupieren und eine Gemeinschaft aus nur einer einzigen Nation zu schaffen, bzw. gegen muslimische Vorhaben, einen islamischen und serbenfreien Staat zu gründen, zu verteidigen. In diesem so gezeichneten Bild klagte die internationale Gemeinschaft die Serben zu Unrecht der Aggressivität an, bzw. behauptete zu Unrecht, dass Serbien in den Krieg verwickelt gewesen sei: Als »Konstrukteure einer neuen Weltordnung« sei das ultimative Ziel der internationalen Gemeinschaft gewesen, »die Serben in die Knie zu zwingen«. Die Berichterstattung bezog sich in erster Linie auf die Situation an der Front und das Elend der Serben, wohingegen die Konsequenzen des Kriegs – das Leiden der Zivilbevölkerung und der Flüchtlinge – sowie mögliche Konfliktlösungen in den Hintergrund gedrängt wurden. Mehr noch wurde der Terror der Kriege voll-

ständig ignoriert. Die Reaktionen aus der ganzen Welt, die Sanktionen, die Drohung mit militärischer Intervention wurde als Beweis für eine internationale Verschwörung gegen Serbien und die Serben i.A. interpretiert, die auf der Ignoranz der wahrhaften serbischen Ideale und des Leidens des serbischen Volkes gründe. Diese Art des Journalismus wurde als »patriotischer Journalismus« bezeichnet, der für das Überleben der Nation notwendig sei. In der Darstellung der unabhängigen Medien hingegen diente der Nationalismus des serbischen Regimes als neue Formel zur Legitimierung und Fortsetzung eines autokratischen Systems, das keinen echten Pluralismus wünschte. Die Kriege in Kroatien und Bosnien wurden als das Resultat miteinander konfligierender nationalistischer Projekte von politischen Eliten, die auf Territorien mit gemischten Ethnien ausgetragen wurden, dargestellt. Die unabhängigen Medien lehnten die Idee eines Großserbien und die Kriegspolitik der Regierung ab und plädierten für Verhandlungen, Toleranz und die Achtung der Menschenrechte. Sie beschuldigten die serbische Regierung, die Gesellschaft und die ganze Nation dirket in eine Katastrophe zu führen, wobei sie ihre Berichterstattung auf die kritische Beurteilung der Errungenschaften der Regierungspartei und deren Verantwortlichkeit für die tiefe gesellschaftliche Krise stützten. Ihre Kriegsberichterstattung zentrierte sich um das Problem einer Konfliktlösung und das Bedürfnis nach Frieden und Verhandlungen aller beteiligten Parteien. Die Wahl der Öffentlichkeit wurde als eine zwischen verschiedenen politischen und nicht nationalen Programmen definiert, da das nationale Interesse darin bestand, die unheilvolle und inkompetente Politik der herrschenden Partei zu verändern.

Eine weitere wichtige Errungenschaft der unabhängigen Medien besteht darin, dass ihnen gelang, in einer Zeit intensiver und langwieriger interner politischer Konflikte, der mit erheblichem politischem Druck auf die Medien einherging, die Stellung einer politisch unabhängigen Informationsquelle im Dienste der Öffentlichkeit und nicht bestimmter politischer Interessen zu wahren. Auf diese Art und Weise förderten sie den Glauben an die Möglichkeit glaubwürdiger, vertrauenswürdiger und politisch unabhängiger Medien – etwas, mit dem die allgemeine Öffentlichkeit bislang nicht vertraut war – und verstärkte so die Entwicklung einer kritischen öffentlichen Meinung und das Bedürfnis nach unabhängigem Journalismus.

Probleme der unabhängigen Medien unter der DOS-Regierung

Als das Milošević-Regime seinen öffentlichen Rückhalt verlor, verstärkte es seinen Zugriff auf die Medien. Die Medienpropaganda der Regierung für die Wahlen im September 2000 war übler als je zuvor. Die Art und Weise, in der die regierungstreuen Medien die Wahlkampagne darboten, machte jegliche Hoffnung auf einen öffentlichen Dialog in den Medien zunichte.

In Belgrad gelang es der Regierung, fast alle alternativen Medien mundtot zu machen, aber die vollständige Homogenität des öffentlichen Diskurses war exakt der Punkt, an dem die Absurdität dieser Medien am offensichtlichsten wurde und sie jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Am 5. Oktober brannten Demonstranten das wirkungsvollste Symbol der Regierung, nämlich das RTS-Fernsehgebäude, nieder.

Die Regierungsmedien änderten sofort, soz. über Nacht, ihren Kurs und unterstützten den Gewinner der Wahl, die *Demokratische Opposition Serbiens* (DOS) – mit Ausnahme eines einzigen privaten Fernsehsenders, der noch für ein paar Monate seiner alten Politik anhing. Die obersten Repräsentanten wurden alle ersetzt, entweder auf Grund der eigenen, internen Politik oder auf neue offizielle Abmachungen hin. Der Vollzug des repressiven Gesetzes zur Informationsübermittlung wurde gestoppt, und im Januar 2001 wurde das Gesetz sistiert. Die Regierung ermöglichte die Wiederaufnahme von Gerichtsverfahren, welche die Privatisierung von Medien verhindert hatten, so dass einige Ungerechtigkeiten (wenn auch längst nicht alle), die den privatisierten Medien widerfahren waren, korrigiert werden konnten. In gewissem Ausmaß entschädigte die neue Regierung auch diejenigen Medieninstitute, die unter dem *Gesetz zur öffentlichen Information* schwerwiegende finanzielle Bußgelder auferlegt bekommen hatten.

Die höchsten Ränge sowohl der Autoritäten als auch der Vereinigungen der JournalistInnen verkündeten die Notwendigkeit einer Restrukturierung des Mediensystems. Ihr erster Schritt bestand darin, einen neuen gesetzlichen Rahmen für die Arbeit und Aufgabe der Medien auszuarbeiten – Gesetze zur Telekommunikation, zu Radiosendungen und zur öffentlichen Information. Im Wiederaufbau der Medien sollte besonderer Wert auf die Transformation der RTS von einem loyalen Diener des Regimes in einen wahrhaft öffentlichen Dienst gelegt



22 Offiziellen Daten vom Juni 2001 zufolge besaß Serbien 253 TV-Stationen, 504 Radiostationen und 641 Zeitungen oder Zeitschriften. Die tatsächliche Anzahl an TV-Stationen ist jedoch größer, als die offiziellen Zahlen zeigen, da einige nicht registriert waren und ohne legale Genehmigung betrieben wurden. Ihre Gesamtzahl kann auf 800-1000 geschätzt werden, von denen weniger als 200 öffentliche Radio- und TV-Stationen waren.

werden. Eine Gruppe unabhängiger Experten, die Berufsverbänden und Organisationen abseits der Regierung entstammten und von europäischen und internationalen Experten Hilfe erhielten, um ihre Gesetzesentwürfe mit den europäischen Gesetzen kompatibel zu gestalten und den Standards der Meinungs- und Redefreiheit der Presse zu entsprechen, bereiteten Gesetzeskonzepte vor. Momentan durchlaufen die Gesetze zur öffentlichen Information und zum Rundfunk das parlamentarische Prozedere.

Jedenfalls brauchte es im Gefolge der politischen Veränderungen 18 Monate, bevor auch das Mediensystem begann, sich zu verändern, was anzeigt, dass Strukturveränderungen, die zur Medienautonomie führen, für die serbische Regierung keine oberste Priorität besaßen. Serbien findet sich nun in derselben Position anderer Transitionsländer, deren Erfahrung gezeigt hat, dass eine weitergehende Demokratisierung des Mediensystems eine Medienpolitik benötigt, die auf die Erlangung dieses Zieles hinarbeitet. Generell gesehen tritt Serbien nun in die zweite Transformationsphase ein, die zu einer stabilen demokratischen Koalition, der Privatisierung in kleinerem Rahmen und der Stabilisierung der neuen Lage führen sollte. Serbien hat den Prozess der Verabschiedung des staatlichen Monopols über die Medien abgeschlossen, jedoch gerade erst begonnen, die Mechanismen der Regierungskontrolle über die Medien abzubauen. Was Serbien nun am allernötigsten braucht, ist eine elaborierte Medienpolitik, die sich an einer langfristigen Re-Regulationsstrategie ausrichtet, die jedoch immer noch fehlt. Gleich zu Beginn ihrer Regierungszeit löste die DOS das Informationsministerium auf. Derzeit gibt es überhaupt keine spezielle Institution für dieses Gebiet.

Unter den zahlreichen unabhängigen Medien erlangten zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Vergleich zu den Medien, die vorher eng mit der Regierung verbunden waren, lediglich die Presse, die Tageszeitungen und die Nachrichtenmagazine also, größeren Einfluss und Akzeptanz als Informationsquelle. Hinsichtlich der Qualität und der Verbreitung rangiert die unabhängige Presse weit höher als die restliche Presse. Bei Rundfunk und Fernsehen ist die Situation anders. Als ersten Schritt zur Re-Organisation der ohnehin schon chaotischen Medienszene, die etwa 800-1000 Rundfunk- und Fernsehanstalten umfasst,²² verfügte die neue DOS-Regierung einen Aufschub über die Zuweisung neuer Frequenzen, bis das neue Rundfunkgesetz angenommen ist. Dieser Aufschub ist jedoch ein Vorteil für die großen kommerziellen Medien, die der Regierung von Milošević dienten, während es die wirtschaftliche Entwicklung der unabhängigen Rundfunkunternehmer, welche die Demokratisierung Serbiens vorantrieben, behindert. Eine weitere Verzögerung in der nächsten Runde der Frequenzenteilung verschärft diese Unausgewogenheiten, die weiterhin jene Medien, die als Propagandamaschinerie des Milošević-Regimes fungierten, begünstigen und jene Medien behindern, die dem öffentlichen Interesse dienten und professionellen Journalismus förderten. Es erlaubt den Erstgenannten, ihre in der Vergangenheit erlangten Privilegien zu behalten und weiterhin davon zu profitieren. *TV Pink* und *TV BK* z.B. verfügen über beinahe nationale Flächenabdeckung (sie decken jeweils über 90 % und über 75 % des ganzen Territoriums ab) und nehmen beinahe 90 % der Gesamtsumme für Werbung ein. Ihre umfassende Zugänglichkeit und Präsenz in allen Teilen Serbiens verdanken sie jedoch keineswegs demokratischen Verfahren der Frequenzenteilung, sondern ihrer engen politischen Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien während der 90er Jahre. Die unabhängigen Unternehmen, die über Jahre hinweg starkem Druck ausgesetzt waren, decken im Endeffekt nur ein Viertel oder Drittel des nationalen Gebiets ab und erhalten lediglich einen kleinen Prozentsatz (1-2 %) der Werbeeinnahmen.

Darüber hinaus ist die Entwicklung der unabhängigen Medien stark durch ihre niedrigen technischen, professionellen und finanziellen Ressourcen sowie durch einen schwachen Markt für die Werbung eingeschränkt. Während des früheren Regimes erhielten diese Medien von internationalen Spendern Unterstützung, deren Schenkungen und Beiträge als Alternative zur staatlichen Propaganda überlebenswichtig waren. Nach dem Sturz des Milošević-Regimes stellten viele dieser Mäzene ihre Hilfe ein, so dass diese Medien sich wegen der fehlenden ökonomischen Entwicklung in einem sehr instabilen Zustand befinden. Die neue Regierung hat nichts dafür getan, ihre wirtschaftliche Zwangslage zu verbessern und auch keine Bedingungen für ihre Entwicklung geschaffen.

In ihrer Funktionsweise unterscheiden sich die unabhängigen Medien von denjenigen, welche das Milošević-Regime unterstützten, in zwei wesentlichen Gesichtspunkten: Die regierungsnahen Medien sind aktiver in der Affirmation der jetzigen DOS-Regierung und ihrer Politik, als darin, eine kritische Sicht auf deren Arbeit darzubieten, wohingegen die unabhängigen Medien ihre kritische Distanz zur Regierung, die sie auch früher bewiesen, bewahrt haben.



Insofern sind die unabhängigen Medien als Prüfstein für die Regierung und als Forum für den öffentlichen Dialog wichtiger. Zusätzlich verfolgen die unabhängigen Medien ihr eigenes Programm, um ein öffentliches Bewusstsein von der Rolle des serbischen States und Volkes in den Balkankriegen der 1990er Jahre zu erwecken und die kritische Analyse des nationalistischen Programms des Milošević-Regimes, v.a. seine Rolle im Krieg und bei den Kriegsverbrechen in Kroatien, Serbien und im Kosovo, zu schaffen. Die Milošević-treuen Medien sind zu einer kritischen Untersuchung der jüngsten Vergangenheit nicht fähig, v.a. da es keinen offiziellen politischen Wunsch danach gibt (diese Medien sind immer noch dem Establishment näher als anderen Teilen der Gesellschaft), und weiterhin, weil es sich mit Ausnahme der wenigen Höchstrangigen und der am meisten verdächtigen Regimeförderern immer noch um dieselben JournalistInnen handelt, die früher zur Affirmation der Politik Milošević' beitrugen. Da sie einfach ihre Unterstützung von der früheren auf die jetzige Regierung übertrugen, sind diese JournalistInnen nicht bereit zu akzeptieren, dass sie in den vergangenen Jahren die Grundregeln ihrer Profession verletzt haben. Deshalb tragen die unabhängigen Medien weiterhin mehr zur Demokratisierung Serbiens bei als die anderen, aber gemäß der absichtlichen Vernachlässigung des Mediensektors seitens der Regierung sind sie nicht in der Lage, ihre Aktivitäten zu erweitern und auf die Öffentlichkeit größeren Einfluss zu nehmen.

Da die neue Regierung sich vielfachen Herausforderungen, die Zustimmung der Mehrheit für ihre Reform- und Modernisierungsversuche zu behalten, gegenüber sieht, ist sie nicht willens, den Rückhalt, den sie von den Medien erhält, aufs Spiel zu setzen, sondern ist eher geneigt, den Status quo im Feld der Medien zu erhalten. Sie profitiert wesentlich von den Medien, die ihre Version der Realität und ihre Liste an gesellschaftlichen Prioritäten nicht problematisiert, weshalb sie von der Hinterfragung der Rechtmäßigkeit der von der vorigen Regierung etablierten Medienimperien absieht. Insofern behalten jene Medienforscher Recht, die die Zentren politischer Macht als den konservativsten Faktor bei der Demokratisierung des Mediensystems ansehen.

Diejenigen Kräfte, welche die Etablierung einer demokratischen pluralistischen Medienlandschaft am meisten begünstigen, finden sich in der zivilgesellschaftlichen Sphäre. Sie umfassen eine Öffentlichkeit, die die gesellschaftliche Verantwortlichkeit der Medien befördert, und JournalistInnen, die v.a. bei den unabhängigen Medien aufzufinden sind. Die serbische Öffentlichkeit, die in der Vergangenheit dazu erzogen wurde, unabhängigen Journalismus und ausgewogene Berichterstattungen zu schätzen, ist nun in der Lage, tendenziöse Berichte zu erkennen. Einige Publikumsstudien zeigen, dass das Publikum nicht zufrieden ist mit der Art, wie die Medien gegenwärtig funktionieren, und zeigen v.a. Unzufriedenheit mit jenen Medien, die früher der Propaganda dienten. Das Bedürfnis nach einer ausgewogenen Behandlung gegensätzlicher politischer Meinungen ist bei einem wesentlichen Teil des Publikums zu einem Teil der politischen Kultur geworden. Unterdessen haben die verschiedenen unabhängigen Medien ein Service-Ideal und einen Kode für professionelles Verhalten entwickelt. Während die staatlichen Medien immer noch eine »Berufsideologie« aufrecht erhalten, ihre Rolle als Regierungspromotor und ihre Aufgabe darin sehen, ausschließlich nichtkontroversielle Themen zu behandeln, sind die unabhängigen Medien mit Wissen ausgerüstet sowie mit der Entschlossenheit und der Erfahrung, ihre Autonomie zu schützen, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen und im öffentlichen Interesse zu handeln.

Die zukünftige Entwicklung der Medien in Serbien wird einerseits von der Weigerung der Regierung, diesen Bereich zu reformieren, und vom langsamen ökonomischen Fortschritt, andererseits von der Fähigkeit der Akteure der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien, die Reform des Mediensystems zu einem wichtigen politischen Punkt zu erheben und ihrerseits die Regierung unter Druck zu setzen, gemäß den Bedürfnissen einer demokratischen Gesellschaft zu handeln, beeinflusst werden.

Deutsch von Ursula Reber

